

Novembre 2008

APEG

Association professionnelle des Educateurs/trices gradué(e)s
Berufsverband von de Sozialpädagogen
association sans but lucratif constituée le 30 mars 1999

INFO

Édition spéciale

GEHÄLTERLAUFBAHNEN

GEWERKSCHAFTEN (AUSSER SPESEN NICHTS GEWESEN)

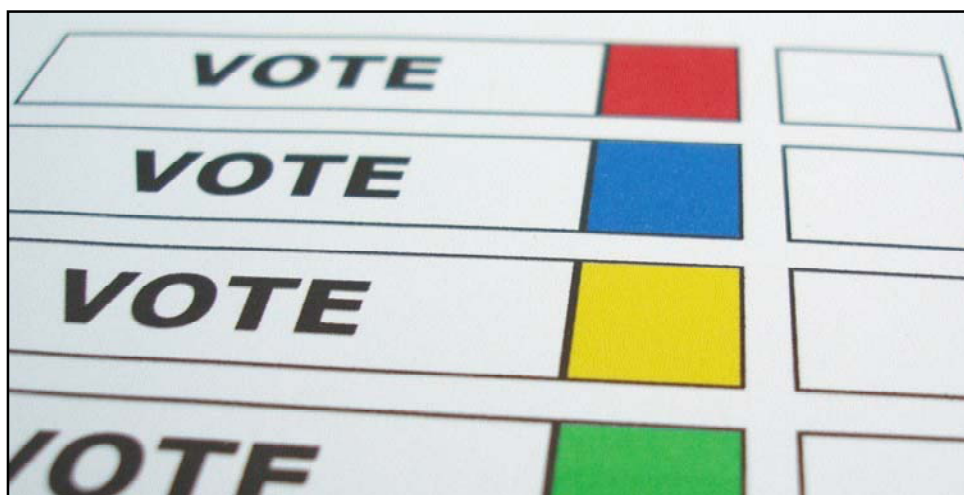
5 WEITERE JAHRE VERLOREN !

SOZIALWAHLEN = ZAHLTAG ?!



www.apeg.lu

EDITORIAL	3
STELLUNGNAHME	5
LU POUR VOUS	9
OGBL-APEG	10
LU POUR VOUS	14
RESOLUTION	16
PRESSEMITTEILUNG	17
PRESSEMITTEILUNG	18
LU POUR VOUS	20
COMITE AD HOC	21
BIZARRE	23



IMPRESSUM:

Ce dossier est une publication de l'A.P.E.G. a.s.b.l.

A.P.E.G. a.s.b.l.
B.P. 3071
L-1030 Luxembourg
Tél.: (+352) 621 21 88 75
Fax: (+352) 20 40 99 03
E-mail: info@apeg.lu

Coordinateur: BRESSLER Paul
Rédaction : BRESSLER PAUL
PLETSCH Marc
DI RONCO Andrea
COMITE APEG

Internet: www.apeg.lu

Layout :

 (www.its.lu)

IBAN LU55 1111 1571 9858 0000 (CCPL)





Ein Trauerspiel

Im kommenden Frühjahr wird unsere Berufsvereinigung ihr zehnjähriges Jubiläum begehen. Eigentlich sollten wir uns entspannt zurücklehnen und aus einer gewissen Distanz ein Jahrzehnt geleistete Arbeit Revue passieren lassen! In diesen turbulenten Zeiten ist dies jedoch recht schwierig. Politik und Gewerkschaften befinden sich im Wahlkampf, wobei es so manch einem, vom Wahlfieber gepackt, recht schwierig erscheint, einen kühlen Kopf zu bewahren!

Die vom OGB-L organisierte Saalmanifestation in der Lallinger Sporthalle am vergangenen 15. Oktober ließ schon ein wenig Hoffnung aufkeimen. Der gesamte sozio-educative Sektor, Erzieher und Sozialpädagogen verreint, atmete auf, nach dem Motto: „endlich tut sich was!“ In den Wochen vor der Veranstaltung zirkulierte ein reger Mail- und Chatverkehr unter den Mitgliedern der einzelnen Foren. Erzieher und Sozialpädagogen sahen endlich eine Plattform, in der sie ihre Anliegen, Wünsche und Vorschläge äussern konnten.

SITZSTREIK

Die APEG lancierte nach zwei Wochen Mobilisierung unter Erziehern und Sozialpädagogen ihre gutgemeinte, jedoch missverstandene Initiative „Sätzstreik fir Zesummernaarbecht am Secteur“ und demnach kam eine Dynamik ins Rollen, aus der alle Beteiligten, Gewerkschaften und Berufsverbände, zusammen ihren Nutzen hätten ziehen können. Diese Chance wurde jedoch kläglich vergeben: der OGB-L interpretierte unsere Initiative als Aktion gegen sich selbst und wettete bereits im Vorfeld der Veranstaltung in einer Hetzschrift an alle Mitglieder des OGBL-Syndikats Gesundheit und Sozialwesen gegen die APEG (siehe Bericht in dieser Ausgabe). Der vom OGB-L geschürte Unmut auf unsere Berufsvereinigung führte dazu, dass unsere Aktion, die um 19.00 Uhr geplant war, frühzeitig im Keim erstickt wurde. Ein rotes Fahnenmeer, inszeniert von einigen militanten OGB-L-Mitgliedern, bildete sich vor der Pforte der Sporthalle. Die von der APEG mobilisierten Manifestanten hielten sich daraufhin auf Distanz und warteten auf den Beginn der Veranstaltung des OGB-L, die um 19.30 Uhr stattfand.

SEITENHIEBE

Die anschließende Saalmanifestation brachte keine neuen Erkenntnisse: in einer von typischer Wahlkampfrhetorik geprägten Rede, gingen die Verantwortlichen fast nur auf den SAS-Kollektivvertrag ein und streiften die Gehälterproblematik nur am Rande. Seitenhiebe an die Adresse des LCGB, der CGFP und der APEG blieben dabei nicht aus. Eigenlob und Durchhalteparolen zogen sich wie ein roter Faden durch die gesamte Veranstaltung, wobei weder Aussagen über das vergangene, noch über das künftige Vorgehen des OGB-L in Sachen Gehälterdiskussion und Kollektivvertrag gemacht wurden.



AUSSER SPESEN NICHTS GEWESEN

Ausgerechnet der OGB-L, der uns mangelndes Demokratieverständnis vorwirft, lieferte am Ende der Veranstaltung den ultimativen Beweis, dass sie weder mit einer anderen Gewerkschaft, noch mit einer anderen Verreinigung zusammenarbeiten will. Die Saalmanifestation wurde nach der halbstündigen Rede abrupt abgebrochen, das Publikum wurde auf ein „Freibier“ eingeladen und das Mikrofon wurde ausgeschaltet! Keiner im Saal hatte die Gelegenheit Fragen zu stellen bzw. Stellung zu nehmen! Weder Mitglieder, noch andere Gäste, die dieser fragwürdigen Veranstaltung beiwohnten, wurden mit einbezogen.

Wollte der OGB-L verhindern, dass kritische Äusserungen den „reibunglosen Ablauf“ dieser Wahlversammlung hätten stören können? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Ein halbwegs kritischer Beobachter dieses „Trauerspiels“ hat jedoch eindeutig Eindruck gewonnen, dass der OGB-L mit seiner populistischen Art und Weise den gesamten Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ monopolisieren will! Mit Demokratie hat dieses Verhalten wenig zu tun!

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM OGB-L UNMÖGLICH !

Nach dieser neuerlichen Negativerfahrung mit dem OGB-L ist für die APEG eines klar: in der augenblicklichen Situation ist eine Zusammenarbeit mit dem OGB-L unmöglich. Die Konsequenzen dieser Nicht-Zusammenarbeit werden kaum spürbar werden, denn erstens hat es diese Kooperation trotz unserer Bemühungen noch nie wirklich gegeben und zweitens hat diese Gewerkschaft sich auch nicht sonderlich für unsere Belange eingesetzt. Bei der Saalmanifestation am 15. Oktober vermissten wir eine klare Marschroute für ein Engagement für die Zeit nach den Wahlen, so dass wir davon ausgehen, dass ab November wieder einmal nicht viel passieren wird. Zwangsläufig drängt sich die Frage auf, ob die Passivität, die der OGB-L während der letzten Jahren an den Tag legte, überhaupt noch zu verantworten ist und demnach eine Unterstützung des OGB-L bei den Sozialwahlen vom Wähler überdacht werden sollte. Ausserdem sollten alle Sozialpädagogen, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind, Druck ausüben, damit diese endlich aktiv wird. Ansonsten kann eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft als sinnlos betrachtet werden.

Marc Pletsch
Präsident der A.P.E.G.





Nach diversen meine Person betreffenden verwirrten Kommentaren, teilweisen Anfeindungen und normalen Nachfragen habe ich bemerkt dass mein Wechsel aus der "Direction syndicale" des OGBL zum LCGB einige Fragen aufgeworfen hat. In dem nachfolgenden Text werde ich versuchen meine persönlichen Sichtweisen und Beweggründe darzulegen. Diese Stellungnahme soll keinesfalls die Meinung der APEG noch der E.P.E.S. widerspiegeln. Dies soll weder eine Art Abrechnung mit dem OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen darstellen noch eine Werbung für andere Gewerkschaften. Es zeigt nur die unterschiedlichen Sichtweisen zwischen mir und den Verantwortlichen des OGBL-Syndikats die zu dem Schritt geführt haben.

Vorausgehend will ich klarstellen, dass die Aktionen des OGBL betreffend der Gehälterlaufbahnen und SAS-Kollektivvertragsverhandlungen immer meine Unterstützung gefunden haben und auch weiterhin finden werden. Der OGBL war bis jetzt die Gewerkschaft die im SAS-Bereich Leute auf die Strasse oder in die Säle brachte. Dies gilt es entsprechend anzuerkennen. Leider ist das OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen momentan der Ansicht alle Probleme alleine anzugehen und sich nicht mit anderen Gewerkschaften zusammen zu tun, dies sehe ich als den falschen Weg.

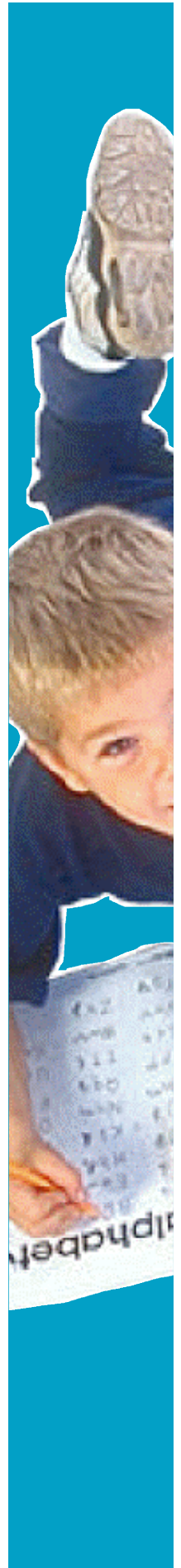
Rückblende:

Kurz nach der Gründung der APEG im März 1999 hatte ich zusammen mit anderen Gründungsmitgliedern einige Unterredungen mit verschiedenen OGBL-Syndikaten die wir als nicht sonderlich konstruktiv ansahen. Wir wurden unter der Hand als Konkurrenz bezeichnet und wohl auch so angesehen. Dies obwohl die APEG als Berufsverband ganz andere Aufgabengebiete als eine Gewerkschaft hat.

2003 habe ich nach fünf Jahren Arbeit im Berufsverband (als Präsident und Sekretär) die Entscheidung getroffen, innerhalb der stärksten Gewerkschaft im sozio-edukativen Bereich die Zusammenarbeit zwischen OGBL und APEG zu verstärken. Der OGBL-SEW war damals der Ansprechpartner im Erziehungsbereich und so ließ ich mich wenig später als Personaldelegierten in die Syndikatsleitung des OGBL-SEW wählen. Meine Kandidatur wurde begrüßt. Die Zusammenarbeit mit dem OGBL-SEW war zufriedenstellend, jedoch bei weitem nicht perfekt. In dieser Zeit entstand auch die gemeinsame Unterschriftenaktion der APEG zusammen mit dem OGBL-SEW und dem LCGB.

SEW und Erziehungsbereich

In der Syndikatsleitung des SEW hatte der Erziehungsbereich teilweise Schwierigkeiten sich gegen den allmächtigen Schulbereich durchzusetzen und deren Belange wurden erst am Schluss der Versammlungen behandelt. Dies brachte teilweise mit sich, dass einige Vertreter dieses Bereichs bereits die Versammlung verlassen hatten. Oft war es als Sozialpädagoge aus dem SAS-Bereich schwierig für die behandelten Probleme in den Schulen Verständnis aufzubringen. Nach 2-3 Versammlungen waren von den Delegierten aus dem Erziehungsbereich





nicht mehr viele übrig.

Nach einiger Zeit wurde beschlossen, alle Mitglieder des SAS-Bereichs im OGBL-SEW in das OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen zu integrieren. Auf den ersten Blick erschien dies der richtige Schritt, damit nur noch ein OGBL-Syndikat den Kollektivvertrag aushandeln konnte. Auf den zweiten Blick kam es mir wie eine Abschiebung vor, um der zahlenmäßigen Überlegenheit aus dem SAS-Bereichs innerhalb des SEW-OGBL entgegenzuwirken. Einige Kommentare wurden laut: "Die wollen unter sich sein!?"

SEW und OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen

Alle Erzieher und Sozialpädagogen die bei Gemeinden und Staat arbeiteten wurden jedoch weiterhin vom SEW betreut. Die Interessen der Erzieher und Sozialpädagogen werden also jetzt von 2 Syndikaten verteidigt. Eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Syndikate in bestimmten Fragen erscheint einem als logische Konsequenz. Dies war jedoch für mich so nicht auszumachen. Jeder arbeitete für sich. Von der angekündigten syndikatsübergreifenden Arbeit habe ich nichts bemerkt.

Vor dem Wechsel bestand ich während einer Versammlung darauf, dass der Name des OGBL-Syndikats in "Syndikat Gesundheit, Sozial und Erziehungswesen" (fr: Syndicat Santé, Services sociaux et éducatifs) umbenannt werden sollte, dies um den vielen Erziehern auch im Namen ihres Syndikats einen Wiedererkennungswert zu bieten. Dies wurde einstimmig angenommen. Ich war jedoch später überrascht, dass in der Bezeichnung des Syndikats nur die neue französische Variante Bestand hatte. Die deutsche wurde anscheinend auf Nachfrage vom SEW nicht umgeändert.

Zusammenarbeit OGBL "Gesundheit und Sozialwesen" - APEG

Hatte die Zusammenarbeit zwischen OGBL-SEW und der APEG nicht zufriedenstellend funktioniert, so konnte jetzt von einer Zusammenarbeit gar keine Rede mehr sein. E-Mails, Anfragen, Telefonate oder Briefe von der APEG wurden jetzt überhaupt nicht mehr beantwortet. E-Mails meinerseits wurden meist nicht beantwortet und schon gar nicht wenn ich sie in meiner Funktion als APEG-Sprecher verschickte. Dies war für mich als Mitbegründer und Komitee-Mitglied nur schwer nachzuvollziehen. All die Jahre wo wir keinen Kontakt zum OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen hatten, tauschte die APEG sich mit anderen Gewerkschaften aus und auch einige viel versprechende Verbindungen für die nähere Zukunft konnten geknüpft werden.

In der Syndikatsleitung wurde anfangs die ersten 1 bis 1 1/2 Stunden über das mir unbekannte Gesundheitswesen gesprochen. Als ich bemerkte, dass ich nicht über die notwendige Zeit und Erfahrung verfügte, um über das Krankenhauswesen sprechen zu können, fragte ich nach, ob es denn nicht möglich wäre die verschiedenen Kompetenzen der Direktionsmitglieder in Arbeitsgruppen zu bündeln. Hier sollten die spezifischen Probleme der jeweiligen Arbeitsbereiche gezielter angesprochen werden. Immer wieder wurde bestätigt, man arbeite an der



Schaffung solcher Gremien. Jedoch wurde nie ein solches einberufen.

Internet-Seite für Personal des sozio-educativen Bereichs

Mein Vorschlag, eine Internet-Seite zu erstellen wo das Personal des sozio-educativen Bereichs Informationen zum SAS-Kollektivvertrag sowie andere wichtige Daten abrufen könnten, wurde als unnötig angesehen, da der OGBL ja bereits über die Seite www.ogbl.lu verfüge um die Mitglieder zu informieren. Daraufhin erstellte ich die Internetseite www.entente.lu für die E.P.E.S., da ich immer noch von der Notwendigkeit einer solchen Seite überzeugt war. Der OGBL-SEW konnte seine Zielgruppe ja auch über eine Internetseite (www.sew.lu) erreichen und wieso sollte der SAS-Bereich keine solche Informationsseite erhalten?

Auf den Hinweis, dass den Gehälterforderungen aus dem SAS-Bereich weiter Nachdruck gegeben werden sollte, wurde stets versichert, man arbeite an den Akten und man könne erst mobilisieren, wenn diese Arbeiten abgeschlossen seien. Der OGBL arbeite nach eigenen Aussagen seit 2001 verstärkt an diesen Informationen. Immer wieder wurde davon gesprochen man wolle für den nächsten SAS-Kollektivvertrag die Anpassungen der Gehälterlaufbahnen fordern. Stets wurde dann wenig später der Kollektivvertrag mit den üblichen Anpassungen zu den Staatsbeamten zusammen mit dem LCGB unterschrieben.

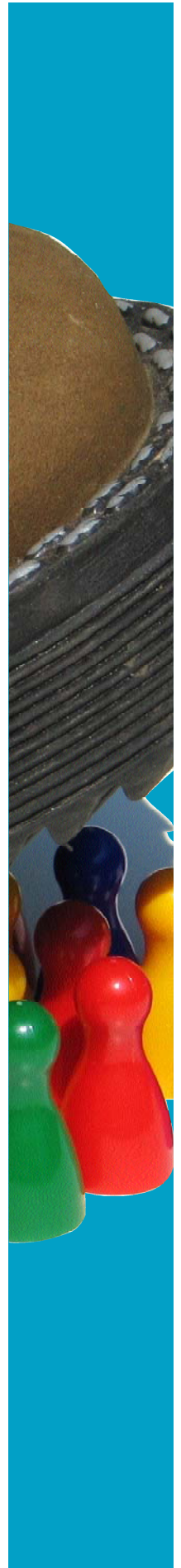
Die letzten 3 Jahren

In den letzten 3 Jahren wurde mir immer wieder ein Start der Mobilisierung mit großer Protestveranstaltung für die Gehälterlaufbahnen angekündigt. Wenig geschah.

Das Fass zum Überlaufen brachten die Jahre 2007 und 2008. Der OGBL-SEW startete Anfang 2007 seine Informationskampagne zur Gehälterfrage und es wurde über Plakate, Zeitschriften, Flugblätter, Internetseite und Informationsversammlungen mobilisiert. Der SEW nutzte alle zur Verfügung stehenden Mittel um die Mobilisierung für die Lehrer voranzutreiben. Eine Kampagne die Ende 2007 in einer grossen Saalmanifestation mündete für welche aus vielen (allen?) Gemeinden ein Busdienst organisiert wurde um die Lehrer zu dem Ereignis zu bringen. Vor der Veranstaltung und nach der Veranstaltung wurde in grossen Pressekonferenzen auf die Forderungen hingewiesen. Respekt für diese generalstabsmässige Organisation !

Gleichzeitig wurde der APEG über Umwege von seiten des OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen mitgeteilt, der OGBL würde keine Aktionen unterstützen, in denen sie sich ausschliesslich für die Anerkennung eines Berufs eingesetzt würden. Für diese Sichtweise hatte die APEG Verständnis, jedoch wurde innerhalb des SEW-OGBL genau dies nicht so gehandhabt und die Gehälterfrage wurde mit den genannten Aktionen nur für die Lehrerlaufbahn geklärt.

Das OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen organisierte Ende 2007 eine kleinere Manifestation zu welcher nur die Personaldelegierten des SAS-Bereichs eingeladen wurden. Tage vor dem Ereignis waren nur sehr wenige informiert bzw. waren die Delegierten beruflich verhindert. Die



Veranstaltung wurde daraufhin aktiv von der APEG unterstützt und unser E-mailing wurde von vielen Adressaten weiterverteilt und verschickt. Auf der Veranstaltung wurden weitere Manifestationen zu der Gehälterproblematik in den folgenden Monaten angekündigt.

In Gesprächen, die ich mit Verantwortlichen der Syndikatsleitung im Februar 2008 führte, wurde eine große Saalmanifestation bis Mai 2008 in Aussicht gestellt. Als sich bis Mitte Mai keine Manifestation abzeichnete, organisierte die E.P.E.S. (deren Präsident ich seit Gründung vor 3 Jahren bin) eine Pressekonferenz, bei der alle repräsentativen Gewerkschaften teilnahmen. Auch das OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen nahm erstmals an einer E.P.E.S. Pressekonferenz teil. Hier wurde dem APEG-Präsidenten von Seiten des OGBL mitgeteilt man werde uns über die nächsten Schritte auf dem laufenden zu halten ohne Konsequenz.

Mobilisierung der Erzieher und Sozialpädagogen

Als Anfang Juli in einer Tariffkommission des OGBL-Syndikat Gesundheit und Sozialwesen von einer grossen Saalmanifestation zu den Gehälterlaufbahnen keine Rede mehr war und noch einmal mit aller Deutlichkeit äusserte, dass man nicht vorhabe, mit andern Gewerkschaften diesbezüglich zusammenzuarbeiten. Aktionen hätten ja sowieso keinen Sinn denn die Betroffenen müssten erst richtig informiert werden. Da ich jedoch von der Notwendigkeit einer gewerkschaftsübergreifenden Arbeit überzeugt bin, eine Arbeit in der alle Sozialpädagogen und Erzieher des SAS-Bereichs Staatsdienstes und der Gemeinden, in ihren Gewerkschaften miteinander an einem Strang ziehen könnten. Der Entschluss stand für mich fest, meinen Rücktritt in der Syndikatsleitung und als Gewerkschaftsmitglied einzureichen, auch weil der OGBL zu der gleichen Zeit im Krankenhausbereich mit dem LCGB zusammenarbeitete und auch die Gehälterfrage der Lehrer zusammen mit der SNE-CGFP vorwärts brachte. Der OGBL-SEW erhielt alle Möglichkeiten, was die Mobilisierung für die Gehälterlaufbahnen der Lehrer anbelangte.

Daraufhin stand einer Mitgliedschaft beim LCGB nichts mehr im Wege, mit dem die APEG stets einen interessierten Gesprächspartner gefunden hatte. Dabei handelte es sich um Unterredungen, die in regelmässigen Presseerklärungen und Artikeln in der LCGB-Zeitung "Soziale Fortschritt" und im "Luxemburger Wort" mündeten.

Aktionskomitee

Ich setze mich weiterhin für die Schaffung eines sogenannten Aktionskomitee ein, wo alle Gewerkschaften und Berufsverbände, die Erzieher und Sozialpädagogen vertreten, zusammenarbeiten und an einem Strang ziehen. Andere in den Laufbahnen falsch einklassierte Berufe sollten natürlich wenn nötig auch in diesem Aktionskomitee vertreten sein, wenn sie dies wünschen.

Zusammen sind wir stark! Wir müssen gewerkschaftsübergreifend arbeiten. Auch die Sozialpädagogen und Erzieher im Staatsdienst und bei Gemeinden sollten in ihren Gewerkschaften mitarbeiten können.

Paul Bressler

Im Sozialwahlkampf wird geklotzt und nicht gekleckert



Es ist bekannt, dass die Politik sich im Marienland Luxemburg mit demokratischen Normen etwas schwer tut, doch auch eine luxemburgische Gewerkschaft, eigentlich zuständig für die Interessenvertretung von Arbeitern, strebt mehr nach Macht, als sich um ihren Auftrag zu kümmern. Kurz vor den Sozialwahlen wird fleißig um jede Stimme gebuhlt, und so hat der O-Gebell schon seine Giftkralen ausgefahren, um den Berufsverband der Sozialpädagogen APEG niederzumachen.

Rund hundert Mitglieder der APEG wollten kürzlich auf einer Versammlung des O-Gebell-Syndikats Gesundheit und Sozialwesen einen Sitzstreik veranstalten, weil sie sich gegen ihre plötzliche Vereinnahmung im Rahmen des Sozialwahlkampfes zur Wehr setzen. Sie wurden schnurstracks von fahnenschwenkenden Militanten des O-Gebell daran gehindert und bekamen auch bei der Versammlung das Wort nicht erteilt. Zuvor mussten sie eine geballte Ladung an Anfeindungen über sich ergehen lassen. Die APEG hatte ihre Mitglieder ursprünglich aufgerufen, die O-Gebell-Aktion zur Verteidigung des SAS-Kollektivvertrages zu unterstützen, da man gemeinsam stärker sei, um die Forderungen gegen die Regierung durchzusetzen. Jedoch hatte sich die Organisation auch erlaubt, den übermächtigen O-Gebell zu kritisieren. Wegen dieses Affronts veranstaltete der O-Gebell eine kleine Hetzkampagne und verschickte fast schon amüsante Schreiben an seine Mitglieder, in denen man sich zum Alleinvertreter der Sozialberufler aufschwang.

Statt sich die Kritik zu Herzen zu nehmen, reagiert der O-Gebell wie eine beleidigte Leberwurst und eröffnet das Feuer – nur leider mit Platzpatronen. Die APEG hatte dem O-Gebell eine Zusammenarbeit angeboten, doch nicht einmal telefonisch war man dort bereit, Fragen zu beantworten.

Buhlen um die Gunst der Educateurs gradués

„Die APEG hat die Hauptforderung des OGB-L für die Sozialpädagogen auf die eigene Fahne geschrieben und gaukelt den betroffenen Beruflern vor, sie

könnte es besser machen als die führende Gewerkschaft Luxemburgs!“ Der O-Gebell scheint also eingeschnappt zu sein, dass es Leute gibt, die andere Götter neben ihm haben. Statt nun aber die Interessen der Erzieher zusammen mit der APEG zu vertreten, ist der O-Gebell zickig, weil man die Spielregeln nicht alleine diktieren darf und wirft der APEG eine „prinzipielle Erfolgs- und Resultatlosigkeit“ vor, obwohl diese an der Schaffung neuer Pädagogenstellen aktiv beteiligt war und dank ihr die Tätigkeit sogar ins Schulgesetz verankert wurde.

Der O-Gebell gibt vor, als einziger „den richtigen gewerkschaftlichen Weg“ zu kennen, und man unterstellt der Konkurrenz, ihren Mitgliedern „die Möglichkeit eines schnellen Durchbruchs in dieser wichtigen Lohnfrage“ vorgetäuscht zu haben. Im Sozialwahlkampf zählt jede Stimme, und da ist Schaumschlägerei halt immer noch das bewährte Mittel zum Erfolg.

Und so kommt der O-Gebell endlich auf den Punkt. „Neben den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen finden am 12. November 2008 die Sozialwahlen statt.“ Mit der Polemik sollen also doch nur ein paar Stimmen mehr gekrallt werden. Der O-Gebell fordert bei den Wahlen quasi eine Monopolstellung, denn Zusammenarbeit scheint nicht seine Stärke zu sein. Daher kann nur eine „massive Stärkung des O-Gebell bei der Wahl der Arbeitnehmerkammer“ zum Erfolg führen. Soll das vielleicht davon ablenken, dass man sich innerhalb des O-Gebell-SEW bisher vor allem für die Primärschullehrer stark machte und die Educateurs gradués in der Frage der Aufwertung der Laufbahnen leer ausgingen?

Boris Jähzorn

(c) Den neie Feierkrop 24.10.08

Die Politik der verpasste(n) Chance(n)

Das OGBL Syndikat Gesundheit und Sozialwesen hat an seine Mitglieder und an die Presse folgende Erklärung verschickt, weil sie sich von der APEG zu Unrecht kritisiert fühlte. Dass in Wahlkampfzeiten die Nerven blank liegen, kann man ja noch verstehen, aber der gewählte Wortlaut und Inhalt entbehren jeglicher Logik und Diplomatie. Man könnte den Text noch lustig finden, wenn man ausser Acht lassen würde, wie wichtig die angesprochene Thematik für den sozio-educativen Bereich ist.

Für uns ist jetzt endlich Gewissheit was wir im Verlauf der letzten Jahren immer wieder vermutet haben:

Die OGB-L - Sektion für Gesundheit und Sozialwesen lehnt eine Zusammenarbeit mit dem Berufsverband der Sozialpädagogen APEG kategorisch ab

Normaldruck:

Auszüge aus der Stellungnahme des OGB-L an seine Mitglieder im Gesundheits- und Sozialwesen und heftige Kritik an der Teilnahme des Berufsverbandes APEG an der vom OGB-L organisierten Saalmanifestation vom 15. Oktober 2008

Fettdruck:

Reaktion der APEG auf Beschuldigungen, die in diesem Schreiben an unseren Berufsverband gerichtet wurden.

Die Aufforderung des OGBL an die APEG kann nur eine sein:

Wenn ihr unfähig seid innerhalb der führenden Gewerkschaft selbst aktiv zu sein, um die Sache des Personals weiterzubringen, dann habt doch zumindest den Anstand, die Gewerkschaftsarbeit und die demokratischen Entscheidungen Tausender von Menschen zu respektieren.

Demokratische Entscheidungen werden erst dann tragfähig, wenn Meinungen und Ideen so vielseitig wie möglich zusammen gebracht werden! Demokratie setzt voraus, dass Kommunikation, Kooperation und Transparenz in höchst möglichem Maße in jegliche Debatte hineinfließen. Keiner kann dazu gezwungen werden einer Gewerkschaft beizutreten! Berufsverbände haben ihre Daseinsberechtigung und können sich mit Neutralität und Sachlichkeit ergänzend in den Dienst der Sache stellen!

Leider wurden Dialog und Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Berufsverbänden allzu oft vernachlässigt!

Es gibt immer wieder Leute, die sich aus welchen Gründen auch immer, dafür entscheiden, Wege einzuschlagen, die sich bereits in der Vergangenheit als die falschen erwiesen haben. Im luxemburgischen Gesundheits- und Sozialwesen hat der so genannte berufliche Korporatismus „à la APEG“ in der Frage der Löhne, der Laufbahnen und der Arbeitsbedingungen noch nie etwas erreicht!

Populistische Phrasen, aggressive Attacken und falsche Darstellungen der Tatsachen sind Methoden, die uns fremd sind und von denen wir auch niemals Gebrauch machen werden. Deshalb bedauern wir diese teilweise grobe und unfaire Vorgehensweise des OGB-L in diesem Schreiben. Unsere Arbeit hat sich in den letzten Jahren jedenfalls gelohnt. Aus regelmäßigen Kontakten zu Presse, Ministerien, Institutionen und politischen Parteien sind Ideen entstanden, die zur Erschliessung weiterer Arbeitsbereiche besonders im öffentlichen Dienst (z.B

ADEM, Schulen) führte. Mit Öffentlichkeitsarbeit (Informationskampagnen, Pressekonferenzen, Pressemitteilungen, Internetpräsenz, Publikationen, Arbeitsgruppen, Konferenzen, Weiterbildungen usw.) und Kooperationen (Universität, Ministerien, andere Gewerkschaften) konnten Akzente gesetzt werden, die dem sozio-educativen Sektor zugute kommen. Was die Frage der Laufbahnen anbelangt, gelingt es uns, dass durch unsere regelmässigen Aktionen die Debatte nie komplett verstummt und das Thema „Revalorisierung der Laufbahnen“ immer wieder aufflammt. Wie jeder weiß hat die APEG auch auf andere falsch eingestufte Laufbahnen hingewiesen und sich nicht als alleiniges Opfer der Gehältertabellen dargestellt. Dies könnte nicht nur dem Sektor, sondern auch der gewerkschaftlichen Arbeit zugute kommen!

Bestes Beispiel: das Gesundheitswesen. Als Ende der 80-er Jahre, die Gesundheitsberufler erkannt hatten, dass man in Fragen, wie z.B. der Aufwertung von Laufbahnen nicht über den beruflichen Korporatismus weiterkommt, und sich in einer starken und einheitlichen Gewerkschaft zusammenschlossen und -kämpften, kamen die Durchbrüche die jeder kennt!

Diese Aussage gilt übrigens auch für den Sozial- und Pflegesektor: ohne OGBL gäbe es keinen SAS-Vertrag!

Und ohne OGBL hätte es 1989 nicht einen richtigen ersten Streik des Personals gegeben, der bei EGCA und EFJ eine Verbesserung der Laufbahnen durchsetzte!

Die APEG stärkt die Interessensvertretung der Sozialberufler nicht, sondern sie schwächt und spaltet sie ... und dies seit Jahren!

Eine starke Gewerkschaftsbewegung baut sich über Jahre auf. Und es gibt sie nur, wenn alle betroffenen Personal- und Berufskategorien innerhalb (und nicht außerhalb) der Gewerkschaft aktiv zusammenarbeiten und so die gemeinsame Sache vorantreiben. Dies gilt auch für den Sozialbereich und für all seine Berufe! Die APEG hat die Hauptforderung des OGBL für die Sozialpädagogen – nämlich die Aufwertung der Laufbahn – auf die eigene Fahne geschrieben und gaukelt den betroffenen Beruflern vor, sie könnte es besser machen als die führende Gewerkschaft Luxemburgs!

Welch ein fataler Fehlschluss! Die prinzipielle Erfolgs- und Resultatlosigkeit der APEG ist aber nur eine Seite des Problems.

Von Erfolglosigkeit kann absolut keine Rede sein! Durch vielerlei Initiativen, wie beispielsweise Kooperationen, Unterredungen und Bildungen von Arbeitsgruppen konnte auf inhaltlichem Gebiet in den letzten zehn Jahren viel bewegt werden. Dank unserer Zusammenarbeit mit dem Erziehungsministerium konnten Dutzende neuer Posten im Schulbereich geschaffen werden! Hinzu kommt, dass unsere Vorschläge dazu geführt haben, dass der Erzieherberuf und der Beruf des Sozialpädagogen eine legale Basis im neuen Schulgesetz erlangen konnten, was vor Jahren noch unvorstellbar war. Unsere Zusammenarbeit mit der Uni Luxemburg wird dazu führen, dass wir zusammen mit der Fakultät der Sozial- und Erziehungswissenschaften Konferenzen und Weiterbildungen anbieten werden. Wir werden diese Kooperation nutzen, um am künftigen Berufsprofil des Sozialpädagogen zu feilen.

Die Regelmäßigkeit unserer Kontakte, sowohl auf politischer, als auch auf professioneller Ebene, führte zwangsläufig dazu, dass sich mit der Zeit eine gewisse Omnipräsenz aufgebaut hat, von der eine gewerkschaftsübergreifende Initiative nur profitieren kann!

Ein höheres Maß an Repräsentativität und mehr Objektivität ergeben sich



zwangsläufig!

Die Erzieher sind (wie übrigens andere Berufskategorien auch) verständlicherweise unzufrieden mit der Situation der unterbewerteten Laufbahn. Diese legitime Unzufriedenheit bildete den Nährboden für den Irrweg: die APEG täuschte die Möglichkeit eines schnellen Durchbruchs in dieser wichtigen Lohnfrage vor und hielt so manch einen Erzieher davon ab, sich mit seinen Arbeitskollegen(-innen) aktiv für den richtigen gewerkschaftlichen Weg zu entscheiden.

Diese Behauptung entspricht nicht im entferntesten der Wahrheit! Es handelt sich hier wiederum um eine perfide Art von Demagogie, die eigentlich einer so traditionsreichen und renommierten Gewerkschaft wie der OGB-L absolut unwürdig ist. Diese Aussage bestätigt unsere Annahme, dass der OGB-L die Meinung verinnerlicht, er habe die absolute Wahrheit gepachtet und sich so auf ein Exklusivrecht auf gewerkschaftliche Arbeit vorbehält. In sämtlichen von der APEG organisierten Pressekonferenzen sind mehrere Gewerkschaften, darunter auch der OGB-L stets mit eingeladen worden. Der OGB-L hat für sich entschieden, als einzige repräsentative Gewerkschaft nicht teilzunehmen. Von einem „schnellen Durchbruch“ ging nie die Rede, stets wollten wir einen gemeinsamen Weg mit allen Gewerkschaften und andern Berufsverbänden gehen!

Folgende Zeilen können bezeugen, dass unser Bemühen nach Zusammenarbeit die eigentliche Intention unserer Aktion war und immer noch ist:

"Ab etwa 19:30 werden wir dann alle gemeinsam an der Manifestation für den SAS-Kollektivvertrag im „Centre Sportif de Lallange“ teilnehmen und die OGB-L-Aktion unterstützen. "

Auf der zweiten Seite unserer Einladung erlaubten wir uns, mit einigen etwas kritischeren Zeilen gegenüber dem OGB-L Stellung zu nehmen. Der OGB-L täte gut daran, besser mit Kritik umzugehen. Das würde einer so nach demokratischen Werten strebenden Gewerkschaft besser zu Gesicht stehen.

Diesmal ist die APEG zu weit gegangen! Seit ihrem Gründungsjahr 1999, zeichnet sich die APEG durch ihre beleidigende Schulmeisterei gegenüber dem OGBL aus. Statt sich innerhalb der Gewerkschaft des gesamten Personals im Sozial- und Gesundheitswesen gewinnbringend für die Sache der Sozialpädagogen einzusetzen, versucht die APEG dem OGBL und seinen Mitgliedern von außerhalb her vorzuschreiben – und das auf eine überhebliche und arrogante Art und Weise – was der OGBL tun soll, was er zu unterlassen hat, wie er sich zu verhalten hat, wie er die Kollektivverträge zu verhandeln hat und zu guter Letzt, wie, wann, wo und mit wem er gewerkschaftliche Aktionen zu organisieren hat!

Mit Kollektivverträgen haben wir als gewerkschaftlich neutraler Berufsverband nichts zu tun, was Verhandlungen anbelangt! Also hat auch diese Aussage keinen Sinn.

Der OGBL hat 61000 Mitglieder, 6200 (!) Beschäftigte aus dem Gesundheits- und Sozialwesen sind Mitglied im OGBL. Über dreihundert demokratisch gewählte Personaldelegierte des OGBL tragen in ihrem Syndikat Gesundheit- und Sozialwesen und in den OGBL-Tarifkommissionen des SAS- und des EHL-Kollektivvertrags die verhandlungspolitische Verantwortung für die Löhne und Arbeitsbedingungen von rund 24000 Beschäftigten. Diese Personaldelegierten treffen in

demokratischen und geheimen Abstimmungen – wie es die allgemeinen OGBl-Statuten vorschreiben

- die wichtigsten Entscheidungen! Und diese Form der Willens- und Entscheidungsbildung ist notwendig, wenn man zu Tausenden einheitlich handeln muss, um mit gewerkschaftlicher Stärke die Forderungen aller Beschäftigten und Berufskategorien durchzusetzen!

Wie kann sich eine APEG anmaßen, diese demokratischen Spielregeln arrogant, respektlos und abwertend zu übergehen? Wo nimmt die APEG eigentlich ihre Legitimation her für diese schulmeisterischen Lektionen an die Adresse der gewerkschaftlich organisierten Menschen hier im Land.

Was genau will der OGBl seinen Mitgliedern und uns mitteilen ?

Uns als „arrogant“ zu bezeichnen und uns „Schulmeisteri“ vorzuwerfen entbehrt jeglicher sachlichen Grundlage und überschreitet die Grenzen der guten Manieren. Da kein Dialog zwischen der Leitung der APEG und dem OGBl stattfand, kann auch von Schulmeisteri keine Rede sein.

Neben den laufenden Kollektivvertragsverhandlungen finden am 12. November 2008 die Sozialwahlen statt. Der Ausgang dieser Sozialwahlen wird von der Politik und den Arbeitgebern genauestens beobachtet. Und auch dies sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Nur ein klares und massives Signal der Wähler(-innen) für die Stärke und die Einheit des Personals werden von der Politik und von den Arbeitgebern ernst genommen. Die APEG will es nicht hören, sie kann uns aber nicht verbieten, es laut zu sagen:

Die massive Stärkung des OGBl bei der Wahl der Arbeitnehmerkammer und die Unterstützung seiner mehr als 600 Kandidaten(-innen) in den Betrieben des Gesundheits- und Sozialwesens ist gleichbedeutend mit der massiven Stärkung unserer Forderungen für die Aufwertung der Laufbahnen, für die fortschrittliche Entwicklung und den Schutz der Kollektivverträge des Sozial- und Gesundheitswesens, für die Anerkennung der Berufe und ihrer Ausbildungen und ... für den Index!

Es handelt sich hierbei um reine Wahlkampfretorik. Vom Fieber gepackt kommt es leider zu Aussagen, die über den rationalen Horizont des neutralen Betrachters hinausgehen. Die OGB-L kann und darf den sozio-educativen Sektor nicht für sich monopolisieren. Das widerspricht dem Demokratieverständnis einer modernen, liberalen und pluralistischen Gesellschaft, in der jeder frei entscheiden kann in welcher Organisation er Mitglied werden möchte oder nicht!

Wehrt euch mit Erfolg! Nehmt an der Protestveranstaltung des OGBl teil!

Niemand sollte sich weiter von der APEG blenden lassen! Alle Beschäftigten und insbesondere die Erzieher haben es nicht verdient, dass ihre Interessensvertretung unter dem spalterischen und korporatistischen Treiben der APEG weiteren Schaden nimmt!

Die APEG ruft seine Mitglieder und viele weitere Personen dazu auf an der OGBl-Manifestation teilzunehmen und damit drücken sie dann laut OGBl ihren Unmut gegen die APEG aus. ???

Wer spaltet denn mit solchen Aussagen ?

Der OGBl hat seine aktuellen und zukünftigen Personalvertreter und seine Mitglieder zum Protest aufgerufen, um den Verhandlungsdruck gegen die Arbeitgeber zu erhöhen! Und der OGBl hat sowohl die gesetzliche Verantwortung (nicht die APEG oder sonstige Organisationen), als auch die überwältigende Mehrheit des Personals hinter sich! Wer zum (Sitz-)Streik gegen die Organisation des Personals aufruft, stellt



sich gegen deren kollektivvertraglichen Einsatz und gegen die legitimierte Verhandlungsführung der Beschäftigten!

In unserer Ankündigung geht in keiner Zeile die Rede davon, dass unsere Aktion gegen den OGB-L gerichtet ist. Im Gegenteil: wir haben von der Gelegenheit Gebrauch gemacht, den OGB-L sogar in seiner Aktion zu unterstützen indem wir unsere Mitglieder für die bestehenden Probleme sensibilisieren. Mit dem „Sitz“-Streik und der anschliessenden Teilnahme an der Kundgebung können unsere Mitglieder Einsicht in die Aktionen des OGB-L erhalten und sich von dessen Ideen überzeugen lassen. Viele neue Gewerkschaftsmitglieder hätten damit gewonnen werden können.

Umso bedauerlich die Aktion des OGBL gegen die APEG war, für uns ist auch jetzt die Position des OGBL deutlich geworden und wir brauchen uns keine weiteren Gedanken zu machen, wie man den OGBL doch noch von einer Zusammenarbeit überzeugen könnte.

Assemblée générale 2008 de l'APEG au Grund

De l'éducateur au pédagogue

L'édition 2008 de l'assemblée générale de l'APEG (Association professionnelle des éducateurs/trices gradué(e)s), la dixième en l'occurrence, s'est tenue au Scott's, lieu bien connu des jeunes à Luxembourg-Grund.

■ Devant un comité restreint, car quelques membres s'étaient excusés, le président, Marc Pletsch, a pris la parole pour se focaliser sur deux points essentiels à ses yeux: un changement de désignation de la profession et une revalorisation des carrières.

En effet, selon lui, le terme d'«éducateur gradué» est obsolète car il ne reflète plus le contenu de la profession. La désignation de «pédagogue social» est beaucoup plus appropriée à ses yeux, car ce terme existe déjà dans les pays germanophones. En plus, il est clair et bien compris dans les trois langues usuelles au Luxembourg, et enfin il mettrait un terme au fait que souvent le métier d'éducateur est confondu avec celui de l'éducateur gradué. Sans oublier peut-être le point le plus important: le contenu du travail, ainsi que les champs d'activités de celui-ci concordent assez précisément avec la définition de la pédagogie sociale. Ainsi, une motion pour ce changement de dénomination a été votée à l'unanimité et une demande officielle dans ce sens sera faite très rapidement auprès des instances compétentes.



L'APEG plaide notamment pour une augmentation de l'effectif des éducateurs gradués dans les écoles (Photo: Gilles Siebenaler)

L'autre point d'orgue de cette assemblée était la reconnaissance des trois années d'études obligatoires après le bac pour pouvoir exercer cette fonction. Cette revendication n'est pas récente, car l'APEG milite depuis quelque temps pour cette reconnaissance. Et tandis que les actions des «instituts» semblent provoquer un débat et une sensibilisation auprès des politiques, celles de l'APEG

semblent être moins bien accueillies. Des actions visant à y remédier sont programmées.

Rencontrer les ministres

Ainsi le *Top Thema* du 19 mars sur RTL Télévision aura le président de l'APEG comme invité. Des entrevues avec les différents ministères ont eu lieu et auront encore lieu. Par exemple, Marie-Josée Jacobs, ministre de la Famille, voudrait

confier des tâches qui jusqu'à présent étaient confiées aux éducateurs gradués, à des personnes moins qualifiées et par conséquent moins bien payées. Le travail avec les différents syndicats va aussi dans ce sens.

L'APEG enfin plaide aussi pour une augmentation de l'effectif des éducateurs gradués dans les écoles.

■ Dominique Di Stefano

(c) La Voix 11.03.08

Le métier de pédagogue social (éducateur gradué) et la nécessité d'une revalorisation des carrières selon l'APEG

«Une profession pas assez reconnue»

Si les syndicats des instituteurs ont ouvert une brèche en exigeant du gouvernement une revalorisation de leurs carrières, l'APEG (Association des éducateurs gradués) leur emboîte désormais le pas en faisant à nouveau entendre sa voix pour un reclassement du diplôme d'éducateur gradué.

■ Mais pour commencer, l'APEG tient à faire passer un message. N'employez plus le terme «éducateurs gradués», désormais ces derniers souhaitent qu'on les qualifie de «pédagogues sociaux». Une façon de se dénoter clairement des éducateurs diplômés qui eux ont suivi une formation plus courte que les «éducateurs gradués». Derrière cette volonté de se distinguer se cache en fait une volonté d'affirmer haut et fort leurs compétences et d'obtenir plus de reconnaissance. Et ce surtout de la part des

institutions et du gouvernement.

«Nous ne plaçons pas uniquement pour notre cause. De manière générale, nous revendiquons une revalorisation de toutes les carrières de type *bachelor* et de type *master* au sein de la fonction publique. C'est-à-dire qu'à bac+3, respectivement bac+5, tous les fonctionnaires devraient être mis sur un pied d'égalité quelles que soient les études suivies», explique Marc Pletsch, président de l'APEG.

En tout cas, la situation actuelle ne serait plus acceptable, selon Paul Bressler, secrétaire de l'APEG: «Notre profession est la moins bien rémunérée de diplômes de niveau bac+3 dans la fonction publique. Après treize ans d'ancienneté, la différence mensuelle entre un pédagogue social et une autre carrière bac+3 peut atteindre les 2.000 euros!»

Une marge des plus conséquentes qui a amené l'APEG à faire part de ses doléances aux ministres Claude Wiseler (Fon-



Actifs, entre autres, dans les crèches, les pédagogues sociaux se veulent les piliers de nombreux secteurs socioéducatifs (Photo: Gaby Disewicourt)

tion publique), Mady Delvaux-Stehres (Education nationale et Formation professionnelle) et François Biltgen (Enseignement supérieur). Si l'APEG a exposé ses

arguments dans une lettre adressée aux ministres, une réponse se ferait encore attendre. «Pour l'heure, nous avons l'impression que l'on nous laisse tomber.

Nous sommes certes patients, même si cette patience a ses limites», a fait remarquer Paul Bressler.

Et pour faire reconnaître le droit à un reclassement des carrières, l'APEG met en avant les «hautes responsabilités» qui incombent à la tâche des pédagogues sociaux et l'important travail de prévention que ceux-ci fournissent auprès des jeunes. «Nous sommes les piliers du système socioéducatif», résume Marc Pletsch. «Dans leurs discours, les hommes politiques disent vouloir s'engager pour la réussite scolaire du plus grand nombre d'élèves, combattre le chômage, œuvrer pour plus de cohésion sociale... Or, ces belles promesses ont un coût. Il faut rémunérer de manière adéquate les personnes qualifiées qui agissent sur le terrain. Et ces personnes, ce sont les pédagogues sociaux.» Un message fort sur lequel les autorités devront prendre position.

■ Bérangère Beffort

(c) La Voix 20.03.08

Sozialpädagogen fordern Aufwertung ihrer Karriere

„Kein Bachelor zweiter Klasse“

Ähnlich den Lehrern, den Gesundheitsberuflern und den Sonderpädagogen fühlen sich auch die Sozialpädagogen karrieretechnisch falsch eingestuft. Auch sie fordern eine Aufwertung ihrer Karriere.

Im Jahr 1990 wurde die obligatorische Ausbildung für Sozialpädagogen um ein Jahr auf einen „BAC+3“ („Bachelor“) angehoben. Trotz dieses zusätzlichen Schuljahres seien ihre Gehälter seither aber nicht angepasst worden, beklagen die „éducateurs gradués“.

Auf einer Pressekonferenz forderten die Verantwortlichen des Berufsverbands der Sozialpädagogen APEG („Association professionnelle des éducateurs/trices, gradué(e)s“) gestern erneut eine Aufwertung ihrer Karriere. Gleichzeitig sprachen sich die Sozialpädagogen für die Einführung einheitlicher Bachelor- und Masterkarrieren im öffentlichen Dienst aus. „Derzeit gibt es beim Staat unterschiedliche 'BAC+3'-

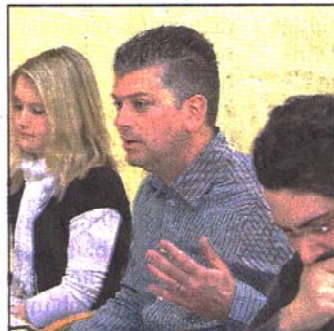


Foto: Hervé Montaigne

APEG-Präsident Marc Pletsch

Karrieren, die lohntechnisch zum Teil substanziell auseinanderliegen“, so APEG-Sekretär Paul Bressler. „Dabei ist ein Bachelor ein Bachelor. Dementsprechend können wir nicht hinnehmen, dass nur einzelne Bachelor-Karrieren im öffentlichen Dienst aufgewertet werden sollen.“

Im Vergleich zu den Lehrern fühlen sich die Sozialpädagogen denn auch deshalb ungerecht be-

handelt, weil deren Gespräche mit den zuständigen Ministern bereits weiter fortgeschritten seien. „Nach einer ersten Unterredung mit den Ministern Biltgen, Delvaux und Wiseler wurde uns gesagt, unsere Forderungen erst mal schriftlich vorzulegen. Seitdem sind zwei Monate vergangen, ohne dass wir eine Antwort erhalten haben“, beklagte APEG-Präsident Marc Pletsch. Neben der finanziellen Anerkennung ihrer Studien und der Gleichsetzung mit vergleichbaren Diplomen fordern die Sozialpädagogen auch eine Diskussion über die Anerkennung ihrer Aufgaben und Verantwortungsbereiche. „In etlichen Einrichtungen bekleiden Sozialpädagogen verantwortungsvolle, leitende Posten. Sozialpädagogen erledigen neben der Präventiv- und der Elternarbeit in vielen Fällen auch wichtige Verwaltungsaufgaben“, so Pletsch. „Die Sozialpädagogen haben sich mittlerweile zu einem wichtigen Pfeiler des hiesigen Schulsystems entwickelt.“ tw

(c) Tageblatt 20.03.08

Résolution votée à l'Assemblée Générale le 7 mars 2008

„Sozialpädagog“ amplaz „Éducateur Gradué“

Bei eiser Entrevue den 10. Januar 2008 mat de Ministeren Claude Wiseler, François Biltgen a Mady Delvaux-Stehres ass ganz kloer festgehal ginn, datt eis Beruffsbezeechnung geännert muss ginn. Scho säit Joeren ass de Beruffsverband der Meenung, mir sollten eis offiziell „Sozialpädagog“ nennen (däitsch: „Sozialpädagoge“ a franséisch: „pédagogue social“).

Folgend Grënn schwätze fir des Ännerung:

- 1) De Begrëff „Sozialpädagog“ ass kloer a seet sech gudd op déi dräi Sproochen
- 2) Am däitschsproochege Raum ass eise Beruff schon ëmmer mat „Sozialpädagoge FH (=Fachhochschule)“ bezeechent ginn
- 3) Den Inhalt vun eiser Aarbecht, souwéi och d'Aarbechtsfelder an deene mer aktiv sinn, stëmmen zimmlech genau mat der Definitioun vu „Sozialpädagogik“ iwereneen
- 4) Den éiwege Problem mat der Verwieslung resp. Vermëschung mat dem Beruff vum Erzéier (Éducateur) wier endgültig bäigeluecht

Folgend Definitioun bestätegt eis Argumentatioun:

Sozialpädagogik benennt einen Wissenschaftszweig von Erziehung, Bildung und sozialstaatlicher Intervention. In der Sozialpädagogik wird versucht, die Eigenverantwortung eines Menschen und damit seinen selbständigen Umgang mit allgemeinen Lebenslagen in der Gesellschaft zu stärken.

Da die Befähigung eines Menschen am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzunehmen nicht bei jedem gleich ausgebildet ist, beschäftigt sich die Sozialpädagogik auch mit der Möglichkeit, gesellschaftliche Benachteiligungen abzubauen, die eben diese Befähigung zum Ziel hat. Der Begriff „Social-Pädagogik“ wird 1844 bereits in einem Artikel von Karl Mager in der „Pädagogischen Revue“ erwähnt.

Gegenstand sozialpädagogischer Arbeit sind gesellschaftlich und professionnell als relevant angesehene menschliche „Problemsituationen“. Hierzu gehören überwiegend Probleme mit der alltäglichen Lebensbewältigung, der „Lebenspraxis“ – dem alltäglichen Zurechtkommen und Zurechtfinden“.

Sozialpädagogik bedeutet aber nicht allein Fähigkeiten und Ressourcen des Einzelnen zu fördern; in der Sozialpädagogik steckt auch eine gesellschaftliche Zielsetzung des „Miteinander-Auskommens“. Sozialpädagogik betrachtet das

Individuum in seiner Wechselbeziehung mit der sozialen Umwelt. Sozialpädagogen sprechen von „Lebenslage“, um damit die Gesamtheit von Person und sozialem Rahmen sozialpädagogisch auszudrücken.

Quelle: www.wikipedia.de

Heimatt erklären ech offiziell, datt mer all néideg Demarchen wäerten ënnerhuelen, fir des Ännerung vun eiser Beruffsbezeechnung duerchzesetzen.

D'Memberen déi op der „Assemblée générale“ vum 7.3.2008 präsent waren, hun des Motioun eestëmmeg ugeholl.

Fir de „Conseil d'Administration“ vun der APEG
Marc Pletsch
Präsident

Nach der Unterredung des Berufsverbandes der Sozialpädagogen mit den Ministern Claude Wiseler und Mady Delvaux Stehres am 26.6.2008

Keine Gehälterrevision bis zum Ende dieser Legislaturperiode!

Regierung zeigt Härte! Sozialpädagogen geben jedoch nicht auf!

Die Vorzeichen dieser Unterredung waren gaben nicht gerade Anlass für allzuviel Optimismus: Nachdem die Verhandlungen zwischen Regierung Lehrergewerkschaften am vergangenen Mittwoch zu keinem Konsens geführt haben und die Zeichen demnach auf Streik stehen, kam es auch für die Sozialpädagogen zu einem unbefriedigendem Ergebnis. Minister Claude Wiseler versicherte, dass vor den Wahlen keine Gehälterrevision vorgesehen ist.

Die APEG hat zwar in gewisser Weise Verständnis für die Argumente der Regierung da die allgemeine budgetäre Situation in Luxemburg sich als sehr schwierig erweist. Man ist jedoch nicht einverstanden, dass ausgerechnet im sozialen Sektor gespart wird.

Die APEG plant eine grössere Mobilisierungskompagne nach der Sommerpause. Dabei wird verstärkt auf die Zusammenarbeit mit anderen Berufsverbänden und Gewerkschaften gesetzt.

Das Gespräch hat jedoch auch etwas Positives gebracht: Die beiden Minister haben ihre Unterstützung zugesagt, dem Berufsbild des Sozialpädagogen mehr Transparenz zu verleihen. Mit der Ausarbeitung eines „Code de déontologie“ wollen beide Seiten dem neuen Profil des Sozialpädagogen eine legale Basis verleihen, was in Zukunft dem ganzen Berufstand zugute kommen wird.



Luxemburg, den 25. September 2008

Sozialpädagogen gehen in die Offensive

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften SEW/OGB-L, sowie SNE/CGFP und dem daraus resultierenden Kompromissvorschlag zugunsten der Lehrerschaft bleiben viele Fragen offen. Die Ergebnisse der Verhandlungen haben ganz klar gezeigt, dass die Regierung bei einer bestimmten Berufsgruppe zu **Konzessionen** bereit ist, **währenddessen andere wieder einmal leer ausgehen werden**. Da die Regierung anfangs des Jahres den Sozialpädagogen gegenüber erklärte, dass weder eine Gehaltsaufbesserung, noch eine Gehälterrevision in naher Zukunft möglich seien, überrascht es uns, dass nur die Lehrer von einer Aufstockung ihrer Laufbahn profitieren werden. Da mehrere Bachelor-Laufbahnen, darunter auch die des Sozialpädagogen, dabei nicht berücksichtigt werden und wie bereits seit drei Jahrzehnten in der Gehältertablette weitaus unter dem liegt, was ihnen eigentlich zustehen müsste, haben wir es mit einem **Präzedenzfall** zu tun, mit dem sich die Regierung auseinandersetzen muss.

Zur Erinnerung: Die Laufbahn des Sozialpädagogen ist von den Laufbahnen beim Staat mit drei Jahren Universitätsausbildung diejenige welche am meisten unter den aktuellen Gehältertabellen zu leiden hat. Wir fordern keine exklusive Gehaltsaufbesserung für die Sozialpädagogen, sondern wir verlangen ausdrücklich, dass die Fehler in den Gehältertabellen endlich beseitigt werden. Wieso haben sich die entsprechenden Gewerkschaften nicht zuerst für die Berufe eingesetzt, welche von den **falschen Eingliederungen** in die Gehältertabellen am meisten betroffen sind?

Wie ist dieser Präzedenzfall zu rechtfertigen?

Angesichts der angespannten budgetären Lage beim Staat, hält die Regierung daran fest, vorerst keine allgemeine Gehälterrevision vorzunehmen. Die Lehrergewerkschaften konnten mit diplomatischem Geschick einerseits und mit ethisch bedenklichen Druckmitteln (Streik, Infragestellung des neuen Schulgesetzes) andererseits einen beachtlichen Teilerfolg landen. Nach einer mehrmonatigen Verhandlungsphase und den daraus resultierenden Zugeständnissen lieferte die Regierung endgültig den Beweis, dass sie diesem Druck nicht standhalten konnten und eine weitere grobe Ungerechtigkeit innerhalb der Gehältertablette des Staatsdienstes zuließ.

Grosse Unterschiede in der Gehältertable !

Die Karriere des Sozialpädagogen situiert sich jetzt bereits weit unter der Laufbahn des Lehrers. Die bestehenden Ungerechtigkeiten werden durch den Kompromissvorschlag noch weiter verstärkt. Dies können wir nicht hinnehmen, da Sozialpädagogen und Lehrer bis dato mit einer Studiendauer von drei Jahren beide in eine allgemeine Bachelor-Laufbahn eingestuft werden müssten! Auch wenn die Studiendauer der künftigen Lehrer an der Uni Luxemburg auf mittlerweile vier Jahre verlängert wurde, sind momentan ausschließlich Lehrer beschäftigt, die lediglich ein dreijähriges Hochschulstudium absolviert haben. Hinzu kommt, dass die Lehrerstudenten aus Belgien weiterhin nur drei Jahre zu studieren brauchen, um das Lehrerdiplom zu erlangen.

Anstatt Anfangsgehalt und Endgehalt sollte bei den aktuellen Überlegungen von Gewerkschaften und Staat die gesamte Lebenslaufbahn berücksichtigt werden, weil verschiedene Bachelorlaufbahnen im Laufe der Jahre viel schneller steigen als andere. Da der Sozialpädagoge erst sehr spät seine Endlaufbahn erreicht, verliert dieser, über seine gesamte Laufbahn verteilt, über **600 000 Euro** an Gehalt im Vergleich zu anderen Bachelor - Studien.

Wir verlangen eine allgemeine Bachelor-Laufbahn im öffentlichen Dienst!

Die Regierung täte gut daran, eine allgemeine Bachelor-Laufbahn einzuführen. Somit wären viele Probleme aus dem Weg geräumt.

Die Berufsvereinigung der Sozialpädagogen APEG wehrt sich mit aller Entschlossenheit gegen diese Art von Ungerechtigkeit! Mobilisierungsaktionen in den Herbst- und Wintermonaten sind geplant und werden in den nächsten Wochen bekannt gegeben!

Der Vorstand der APEG, der Berufsvereinigung der Sozialpädagogen



Ne pas freiner des gens motivés!

En 2007, 72 étudiants ont reçu leur diplôme d'éducateur gradué. Motivés et plein d'énergie, ils se sont mis à la recherche d'un emploi. Ils ont envoyé des candidatures spontanées ainsi que des candidatures répondant à des annonces parues dans les journaux luxembourgeois. L'un ou l'autre d'entre eux avait déjà trouvé un poste dès l'obtention du diplôme. La plupart d'eux n'avaient pas cette chance. Ils ont dû accepter des postes à durée déterminée et à horaires réduits et ce dans le but d'acquérir de l'expérience professionnelle indispensable pour leur avenir.

Il y a toujours un bon nombre d'éducateurs gradués qui, aujourd'hui, sont encore à la recherche d'un poste. On peut, de plus en plus, avoir l'impression que le patronat met des barrières sur un chemin déjà parsemé d'embûches.

Beaucoup de patrons ne répondent pas à une candidature, même si leur réponse est négative. Le peu

de patrons qui proposent un entretien d'embauche savent d'avance que l'entretien sera infructueux. On peut dès lors voir un tel entretien comme un entraînement pour les autres à venir. Jusqu'à une certaine limite, on peut être d'accord avec cette idée, mais où cette limite se situe-t-elle?

Les raisons qui sont avancées par les patrons pour ne pas embaucher un jeune éducateur gradué sont difficiles à accepter.

La plupart du temps, il manque de l'expérience à ces personnes pour être embauché, mais comment acquérir celle-ci sans travail?

Après avoir reçu plus de dix réponses faisant valoir un manque d'expérience, plusieurs jeunes éducateurs gradués ont postulé pour des postes d'éducateurs diplômés, espérant acquérir ainsi de l'expérience professionnelle. De nouveau il n'y a eu que des réponses négatives. Les raisons ont été frustrantes là aussi. Ou bien on est trop qualifié, ou bien

le patron sait dès le départ que l'éducateur gradué embauché, à un poste d'éducateur diplômé, ne restera pas. Dès qu'un poste de gradué se libère et qu'il pourra avoir la chance d'être embauché selon son diplôme il quittera l'entreprise dans le but de faire valoir son niveau d'études.

Une personne ayant un certain âge a également du mal pour se faire embaucher: ceci entraîne qu'une telle personne présente une ancienneté importante dans le secteur donnant une nouvelle raison au patron, financière cette fois-ci, pour ne pas embaucher la personne en question.

Mais que veulent les patrons? De préférence un maximum d'expérience professionnelle mais un candidat avec un âge minimal? Difficile pour combiner ces deux aspects.

Mon appel au patronat est le suivant: n'est-ce pas un point positif d'engager un jeune éducateur gradué motivé qui n'a pas forcément des idées préconçues et qui sait de ce fait s'intégrer et adopter la philosophie de l'entreprise?! Cet avantage vaut évidemment pour toute autre profession.

(c) LCGB périodique 09.08

FONCTIONNAIRES

Vers une «carrière du bachelor»

Bon nombre de fonctionnaires ne sont visiblement pas sortis gagnants de la réforme de Bologne, lancée en 1999. Et exigent que les carrières au sein de l'État, des communes et des secteurs assimilés soient enfin adaptées à ce nouveau système, en vigueur dans la plupart des universités européennes.

C'est dans ce contexte qu'une dizaine de syndicats souhaitent désormais coordonner leurs démarches auprès du gouvernement. Ils disent représenter quelque 2 900 salariés dont les éducateurs gradués, les ingénieurs des CFL, les assistantes so-

ciales, les infirmières graduées ou les laborantins diplômés.

D'après ce nouveau mouvement, il faudrait créer une carrière supplémentaire dans la fonction publique. À l'heure actuelle, les détenteurs d'un master (bac +5) accèdent directement à la carrière supérieure. Ceux qui disposent d'un diplôme de fin d'études secondaires, l'équivalent du baccalauréat, sont classés dans la carrière moyenne; tout comme d'ailleurs les détenteurs d'un bachelor (bac +3). Ces derniers ne se voient par conséquent attribuer aucun avantage, malgré leurs études supérieures. D'où leur revendication: introduire une catégorie intermédiaire que les syndicats ont d'ores et déjà baptisée «carrière du bachelor».

(c) Le quotidien 12.07.08

ASSOCIATION GENERALE DES INGENIEURS TECHNICIENS DE L'ETAT
association sans but lucratif, affiliée à la Confédération Générale de la Fonction publique (AGITE/CGFP)

Comité ad hoc pour la création de la carrière du Bachelor au sein de l'Etat, des Communes et des secteurs assimilés

Luxembourg, le 29 juillet 2008

A Monsieur Claude Wiseler
Ministre de la Fonction publique
et de la Réforme administrative
63, avenue de la Liberté
L-1931 Luxembourg

Concerne: Remise de notre revendication commune.

Monsieur le Ministre,

Les initiatives entreprises par les différentes associations auprès des Ministres compétents n'ayant pas abouti à des résultats concrets, les associations énumérées ci-dessous se sont unies afin de coordonner leurs futures démarches. Ensemble, elles représentent les intérêts de quelque 2900 membres.

Suite au processus de Bologne lancé en 1999, la loi du 6 octobre 2003, portant création de l'Université du Luxembourg, a traduit en pratique la « Réforme de Bologne » au Luxembourg. Les classifications des diplômes universitaires sur le mode " BAC+ " ayant été abolies, il en résulte que la durée des études universitaires n'est plus prépondérante dès à présent, mais le diplôme lui-même. Un Bachelor de 180 ECTS a donc la même valeur, qu'il se déroule en trois ou en quatre ans.

Le Gouvernement Luxembourgeois est d'avis que l'accès à la carrière supérieure auprès de l'Etat doit être réservé aux détenteurs d'un Master (300 ECTS).

La carrière moyenne de l'Etat, quant à elle, débute avec le diplôme de fin d'études secondaires (0 ECTS). Or les détenteurs d'un Bachelor sont également classés dans cette même carrière moyenne de l'Etat et souvent au même niveau que les détenteurs d'un diplôme de fin d'études secondaires (bac).

Dès lors, et dans la logique du processus de Bologne, il est évident que les détenteurs actuels d'un diplôme Bachelor ou équivalent doivent être classés dans une nouvelle carrière à créer. A cet égard le comité ad hoc revendique pour la rentrée parlementaire de 2008 la création de :

La carrière du Bachelor au sein de l'Etat, des Communes et des secteurs assimilés

Revendication soutenue par les associations membres du Comité ad hoc :

Pour l'**AGITE/CGFP** (Association Générale des Ingénieurs Techniciens de l'Etat),

Pour l'**AITPT/CGFP** (Association des Ingénieurs Industriels et Ingénieurs Techniciens de l'Entreprise des Postes et Télécommunications),

Pour l'**ANASIG** (Association Nationale des Assistantes d'Hygiène sociale, des Assistantes Sociales et des Infirmières graduées),

Pour l'**ANLD** (Association Nationale des Laborantins Diplômés),

Pour l'**APEG** (Association professionnelle des éducateurs/trices gradué(e)s),

Pour l'**APSES/FGFC** (Association des professions socio-éducatives et de la santé),

Pour l'**ATC/FGFC** (Association des Fonctionnaires et Employés Techniques Communaux),

Pour le **SLEG/CGFP** (Syndicat Luxembourgeois des Educateurs Gradués),

Pour les ingénieurs techniciens / industriels des **CFL**,

PROVINCIAL
IN SOCIALECOMMUNAUTE FRANCAISE DE BELGIQUE
ENSEIGNEMENT DE PROMOTION SOCIALEINSTITUT PROVINCIAL DE FORMATION SOCIALE
Campus Provincial
Rue Henri Blès, 188-190
5000 Namur
Matricule : 9.236.085

Année scolaire 2006-2007

ATTESTATION DE REUSSITE

Je soussigné, Jean-Pierre MAGOTTEAUX, Directeur de l'Institut Provincial de Formation Sociale, déclare que

Né(e) à Luxembourg (GDL),

A réussi les examens de troisième année de l'Enseignement Supérieur Social (ESS) :
Educateur spécialisé, avec [REDACTED] et la mention *Distinction*

Son diplôme est envoyé à l'Administration de l'Enseignement de Promotion Sociale de la Communauté Française pour y être visé.



Fait à Namur, le 07 décembre 07

J-P MAGOTTEAUX
Directeur

INSTITUT PR

Ein "Educateur spécialisé" der in Belgien seine Hochschulausbildung mit Erfolg durchführte erhält eine Gleichstellung mit dem neuen Bachelor-Studium "Bachelor en Sciences sociales et éducatives".

Ein Sozialpädagoge, der seine Studien in Luxemburg absolvierte kann diese Gleichstellung jedoch nicht ohne zusätzliche Studieneinheiten an der Uni Luxemburg erlangen.

Ohne weiteren Kommentar!

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Culture,
de l'Enseignement supérieur
et de la Recherche

CERTIFICAT

De l'attestation de réussite, établie le [REDACTED] 2007 par le Directeur de l'Institut Provincial de Formation Sociale de Namur, il résulte que Monsieur [REDACTED], né le [REDACTED] à Luxembourg, a réussi les examens en vue de l'obtention du diplôme d'éducateur spécialisé.

Le diplôme belge d'éducateur spécialisé peut être assimilé au grade de bachelor en sciences sociales et éducatives, délivré par l'Université du Luxembourg, et qui remplace le diplôme d'éducateur gradué, prévu par la loi du 6 août 1990 portant organisation des études éducatives et sociales. Toutefois, cette assimilation ne pourra être délivrée que sur production du diplôme belge dûment homologué.

Luxembourg, le [REDACTED] 2008



Germain DONDELINGER
Premier Conseiller de Gouvernement



Association professionnelle des Éducateurs/trices gradué(e)s

www.apeg.lu